

## Lockdown bis zum 14.02.2021 verlängert

- Einzelne Maßnahmen verschärft -

Bei einer Schaltkonferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin wurden am 19.01.2021 einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie verschärft und der bisherige Lockdown verlängert.

Laut übereinstimmenden Berichten von „SWR Aktuell“, den „Tagesthemen“, der „Tagesschau“ sowie dem „ZDF“ wurde in einer Schaltkonferenz von Kanzlerin Angela Merkel und den 16 Länderchefs der bestehende **Lockdown bis zum 14.02.2021 verlängert**. In Rheinland-Pfalz gelten nun, laut einer Pressekonferenz von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig im Groben folgende Maßnahmen, die **am Freitag vom Kabinett in Form einer Verordnung beschlossen werden**. Diese Verordnung tritt dann **am Montag, den 25.01.2021** in Kraft. Privat darf sich dann – wie bisher - ein Haushalt nur noch mit einer weiteren Person treffen. Dementsprechend bleiben die Schulen auch geschlossen (K83 berichtete). Ab dem 1. Februar soll für die Klassen 1-4 Wechselunterricht stattfinden, wobei jedoch die Präsenzpflcht aufgehoben ist. Auch die Gastronomie, Freizeiteinrichtungen und der Einzelhandel bleiben weiterhin geschlossen. Von den Einzelhandelsschließungen sind nur Drogerien, Tankstellen, Lebensmittelläden sowie weitere Geschäfte des täglichen Bedarfs ausgenommen. Allerdings gilt nun in den noch geöffneten Geschäften sowie im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine Tragepflicht für medizinische Masken, also OP-, KN95/N95- oder FFP2-Masken, so der Beschluss der Bunderegierung. Damit ist es nun nicht mehr erlaubt, Schals oder Stoffmasken in diesen Bereichen zu benutzen. Des Weiteren sind Ausgangsbeschränkungen nun erstmal vom Tisch, allerdings wird eine Homeoffice-Pflicht bis zum 15. März eingeführt. Nur in begründeten Ausnahmefällen sollen Mitarbeiter in Präsenz arbeiten, so die Presseberichte. Ziel der Maßnahmen ist es, die Kontakte im ÖPNV auf ein deutliches Minimum zu reduzieren. Die Maßnahmen werden mit dem weiterhin hohen Infektionsgeschehen begründet. Laut der Seite *tagesschau.de* sagte die Kanzlerin, es sei jetzt die Zeit, um der Gefahr, die im mutierten Virus stecke, vorzubeugen. Zwar sind die Zahlen in den letzten Tagen gesunken, aber noch ist das Ziel der Bundesregierung, die 7-Tage-Inzidenz auf unter 50 Neuinfektionen pro 100000 Einwohner zu senken, nicht erreicht. Zurzeit liegt die Inzidenz über 7 Tage pro 100000 Einwohner bei 123,5.

Die Gewerbetreibenden lüden derzeit ihren Frust über die Schließungen und Existenzbedrohungen in sozialen Netzwerken ab, so der SWR. In den Medien nahm bereits der Kanzleramtsminister Helge Braun Stellung zu den aktuellen Maßnahmen, wobei er nochmals unterstrich, dass in den Gesprächen zwischen der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten und -präsidentinnen auch viel über die neue Virusmutation aus dem Vereinigten Königreich gesprochen worden sei. Die Länder haben nun die Aufgabe, die beschlossenen Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen.

*Christoph M., 7d*